

# Gebermatrix Deutschland

## Allgemeines

### Name des Dokuments

Im Bundeskabinett wurde am 4. April 2001 ein "**Aktionsprogramm 2015**" (programmatische Erklärung; 10 Ansatzpunkte werden aufgezeigt) verabschiedet, dass den Beitrag der deutschen Regierung zur Erreichung der Millenniumsziele umreißt; nichtstatischer Charakter des Programms um auf Veränderungen und Weiterentwicklungen reagieren zu können

### Ziele im Hinblick auf Armutsbekämpfung

#### 10 Schwerpunktthemen:

- **Wirtschaftliche** Dynamik und aktive Teilhabe der Armen erhöhen (KleinunternehmerInnen, berufliche Bildung für arme Jugendliche ...)
- Das **Recht auf Nahrung** verwirklichen und Agrarreformen durchführen (Abbau von Agrarsubventionen, Agrar- und Bodenreform, Selbstorganisation von Bauern/Bäuerinnen)
- **Faire Handelschancen** für die Entwicklungsländer schaffen (Beteiligung der armen Länder am Welthandel, Marktöffnung für Produkte aus Entwicklungsländern, Förderung ökologischer und sozialer Gütesiegel ...)
- **Verschuldung abbauen** - Entwicklung finanzieren (Entschuldung, freiwerdendes Geld für Armutsbekämpfung nutzen, Eigenverantwortung stärken, Aufhebung d. Lieferbedingungen)
- Soziale Grunddienste gewährleisten - **soziale Sicherung** stärken (Grundbildung, Gesundheit, Ernährung, Wasserversorgung, HIV-Prävention, Zugang zu Medikamenten, Sozialversicherung ...)
- Zugang zu lebensnotwendigen **Ressourcen** sichern - eine intakte Umwelt fördern (nachhaltige Nutzung von natürlichen Ressourcen, Wasser- und Energieversorgung für Arme, Veränderung des wirtschaftlichen und sozialen Handelns in Deutschland, "Cities without Slums", ...)
- **Menschenrechte** verwirklichen - Kernarbeitsnormen respektieren (Abschaffung von Zwangs- und Kinderarbeit, Recht auf Gewerkschaften ...)
- Gleichberechtigung der **Geschlechter** fördern (Grundbildung für Mädchen, Empowerment von Frauen, Unterstützung gender-orientierte Haushaltsplanung...)
- Beteiligung der Armen sichern - **verantwortungsvolle Regierungsführung** stärken (Stärkung der Zivilgesellschaft, Verhandlungsmacht/Selbstorganisation der Armen stärken, Good Governance...)

- **Konflikte friedlich austragen** - menschliche Sicherung und Abrüstung fördern (Krisenprävention, Versöhnungsarbeit, Verringerung der Militärausgaben ...)

Förderung von **Capacity Building**, weil CB als Voraussetzung für Erfolg von PRSPs gesehen wird.

### **Positionierung zu PRSPs**

Deutschland erkennt PRSP als "**zentrale Grundlage** für die Gestaltung des deutschen bilateralen Beitrages" an. Im Aktionsprogramm 2015 wurde verankert, dass die Bundesregierung die Entwicklungsländer bei der Erarbeitung und Unterstützung der PRSP unterstützt und ihre bilaterale Zusammenarbeit daran orientiert. Außerdem soll die weitere Unterstützung der PRSP auch im Rahmen der multilateralen Zusammenarbeit gestärkt und die Beteiligung der Zivilgesellschaft bei der Erarbeitung der PRSP gefördert werden. Deutschland bekennt sich dazu, seine Beiträge an diesen Strategien zu orientieren.

**Ausrichtung der EZA-Schwerpunkte erfolgt an den PRSPs**, Beratung bei Erstellung von PRSPs

Beteiligung am **PRSP-Review-Prozess** mit Fokussierung auf Verbesserung folgender Themen: Partizipation der Zivilgesellschaft, stärkere Prioritätensetzung in PRSPs, Mainstreaming von Querschnittsthemen, ökonomische Fragestellungen, Wirtschaftspolitik, ex-ante-Überprüfung sozialer Auswirkungen

#### **Wirtschaftspolitische Strategien:**

**Handel/Pro-Poor-Growth:** Aus dem Haushaltstitel "AP 2015" wurden 2,4 Mio. € für ein neues Programm "Reducing Poverty through Trade" bereitgestellt. Projektkonzept: Förderung und Nutzbarmachung der unternehmerischen Kapazitäten der armen Bevölkerungsschichten und deren Verknüpfung mit nachgewiesenen Exportpotenzialen. Deutschland betont, öffentliche Mittel vermehrt mit privaten Quellen mischen zu wollen. Wirtschaft wird zu Direktinvestitionen motiviert. Deutschland betont Wichtigkeit von Direktinvestitionen, Privatwirtschaft, Handelsliberalisierung als wichtiges Element der Armutsbekämpfung.

#### **Weitere Thematiken:**

**Good Governance:** Ländern mit besonders positiver "good governance performance" soll zusätzlich geholfen werden; einer der Schwerpunkte der Unterstützung.

**Gesundheit:** Die Bundesregierung kündigt in ihrem Zwischenbericht über den Stand der Umsetzung des Aktionsprogramms 2015 vom Juni 2002 ein neues Positionspapier zu reproduktiver Gesundheit, Familienplanung und Mütter- und Kindersterblichkeit an, das jedoch bisher noch nicht vorliegt.

**Soziale Grunddienste:** Die Bundesregierung betont, dass sie verschiedene Ansätze zur Gewährleistung sozialer Grunddienste unterstützt.

Genannt werden zum Beispiel die erweiterte HIPC-Entschuldungsinitiative, die Spielräume für entsprechende Ausgabensteigerungen erweitert; Kooperationsmöglichkeiten im Rahmen der 20/20-Initiative und neue Ansätze bei den Sektorreformprogrammen (SRP) im Bereich Gesundheit und Armutsbekämpfung.

**Gender/Umwelt:** sind betonte Querschnittsthemen Deutschlands

**Grundbildung:** geplante sukzessive Erhöhung der bilateralen EZA-Mittel für die Grundbildung im Rahmen der Weltbank-Initiative „Bildung für Alle“ auf ca. 120 Millionen Euro jährlich bis 2007

**Dezentralisierung:** eines der wichtigsten Handlungsfelder im Schwerpunkt "Demokratie/öffentliche Verwaltung/ Zivilgesellschaft"

## Schwerpunktländer

### Strategie und Form der Unterstützung

Die Förderung von "**Wirtschaftsreformen und Aufbau sozialer Marktwirtschaft (WiRAM)**" ist zum größten Bereich der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit geworden und wird in über der Hälfte der Kooperationsländer als ein Schwerpunkt verstanden. Ziel ist es, die einzelnen laufenden Projekte in kohärente Maßnahmenbündel zusammenzufassen. In mehreren Ländern (u.a. Südafrika, El Salvador) werden neue Ansätze von lokaler und regionaler Wirtschaftsförderung entwickelt, bei denen die **Partizipation/Integration von ärmeren Bevölkerungsschichten** im Mittelpunkt steht.

Unterstützung der **Verwaltungsreformen** in den Kooperationsländern (Dezentralisierung, Aufsichtsmechanismen) als ein Schwerpunkt

Bekämpfung des **Menschenhandels** mit Kindern und Jugendlichen als ein Schwerpunkt der bilateralen EZA (v.a. in Osteuropa)

sektoral stärkster Bereich der bilateralen EZA: **Wasserver- und Abwasserentsorgung;**

in einigen Ländern: **Krisenprävention** und Begleitung von Friedensprozessen als Länderschwerpunkte definiert

Beispiele:

**Frauenförderung:** private Arbeitsvermittlung für Frauen in Pakistan; Wiedereingliederung arbeitsloser Frauen in China; **Peru:** Mittel aus Schuldenerlass sollen für Drogenkontrollmaßnahmen verwendet werden

verstärkte Unterstützung von neuen Ansätzen bei Sektorreformprogrammen (**SRP**);

Steigerung der Zahl der Kooperationsländer, mit denen die Umsetzung der **20/20- Initiative** vereinbart wird;

es wird eine Einführung einer "Menschenrechtsverträglichkeitsprüfung" (human rights impact assessment) im Rahmen der bilateralen EZA überlegt

Spezielle Unterstützung für die Anpassung von Sektorstrategien an PRSPs

### Leistung von Budgethilfen

#### ***Deutschland leistet bisweilen wenig/kaum Budgethilfe***

Deutschland unterstützt **nationale Agrarreformprozesse**: v.a. in Philippinen, Lesotho, Namibia (Namibia: 9,8 Mio € Technische/Finanzielle Zusammenarbeit) → keine Budgethilfe (?)  
Förderungen im Bereich angepasster Umwelttechnologien → keine Budgethilfe  
bei einigen Projekten wird explizit "Technische Zusammenarbeit" erwähnt → keine Budgethilfe; es finden aber Analysen des Budgetmanagements in einigen afrikanischen Ländern statt

Ob Budgethilfe geleistet wird und in welchem Ausmaß, geht aus den Dokumenten nicht hervor. Bei genannten Projekten findet jedoch KEINE Budgethilfe statt.

"Die Unterstützung von Verwaltungsreformen der Kooperationsländer wird auch in Zukunft einen wichtigen strukturellen Beitrag zur Armutsbekämpfung darstellen. Gerade auch neue Formen der EZA wie sektorweite Vorhaben, Programmfinanzierung, Budgethilfe oder Basket Funding benötigen funktionierende Partnerverwaltungen." → "abwartende" Haltung; zuerst Verwaltungsreform

### Kooperation mit Akteuren vor Ort

**Bsp.: Privat Public Partnership (PPP)-Projekt** - Ausbau der ländliche Telekommunikation in Laos mit KfW (= dt. Bankengruppe) - Akteur vor Ort: Lao Telecommunication Company Ltd.

Deutschland fördert die Entwicklungsarbeit politischer Stiftungen in Deutschland und von NGOs **in Kooperationsländern** im Bereich **Menschenrechte** und demokratische Strukturen (ca. 100 Mio. €/Jahr)

Friedrich-Ebert-Stiftung führt Fortbildungsmaßnahmen (z.B. in Südafrika) zur Qualifizierung von Gewerkschaftsmitgliedern für die Teilnahme am PRSP-Prozess durch

Geldmittel zur Förderung von Frauen-NGOs vor Ort (um **Genderspekt** in PRSP zu verankern)

**Politikdialog und  
Geberkoordination**

Einsatz für mehr **Kohärenz** zwischen den verschiedenen Regelwerken; mehr Koordination zwischen multilateralen und regionalen Institutionen